

Wir Steirer

konkret-kritisch-freiheitlich



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Flüchtlingsunterkunft in Strallegg!

Am 17. August wurden wir von Herrn Bgm. Peter Kern per E-Mail darüber informiert, dass in Strallegg zukünftig eine von

der Diakonie Judenburg betriebene Flüchtlingsunterkunft mit 18 Flüchtlingen entstehen soll. Dazu werden einige Zimmer von Elisabeth Albert zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung kann seitens der Freiheitlichen Fraktion in Strallegg natürlich nicht völlig kritiklos zur Kenntnis genommen werden. Vorweg gilt es allerdings einige grundsätzliche Positionen zur Gesamtsituation im Bereich der Asylpolitik darzulegen. Die FPÖ bekennt sich dazu, dass Personen, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen

verfolgt werden, politisches Asyl zu gewähren ist, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland ins Bundesgebiet eingereist sind. Zudem bedeutet Asyl in erster Linie Schutz vor Verfolgung bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem ein Asylgrund nicht mehr gegeben ist. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass weniger als 25% der Asylwerber in Österreich tatsächlich ein Recht auf Asyl zuerkannt bekommen. Durch diese Zahlen des Innenministeriums wird auch deutlich, dass es sich bei vielen Asylwerbern nicht unbedingt um Flüchtlinge aus Kriegsgebieten handelt. Die Mehrzahl der Asylwerber sind sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, welche sich einen besseren sozialen Lebensstandard in Österreich erhoffen. Die zuständige Innenministerin ist jedoch nicht im Stande, auf politischer Ebene Maßnahmen gegen diese Missstände zu setzen. Die FPÖ fordert die sofortige Durchführung von temporären Grenzkontrollen und die zeitliche

Straffung der Asylverfahren. Solange diese Maßnahmen nicht umgesetzt werden, kann die derzeit chaotische Situation nicht gelöst werden. Nun aber zum Fall, der unsere Gemeinde unmittelbar betrifft. Die Errichtung der Unterkunft erfolgt direkt im Zentrum der Gemeinde und diese Wohnungen sind nur 50 Meter von der Volksschule und Neuen Mittelschule entfernt. Es ist aber durchaus bekannt, dass im Umkreis von Flüchtlingsquartieren ein erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht. Vor allem Suchtmitteldelikte sind in einem überproportional hohen Ausmaß festzustellen, was auch durch zahlreiche parlamentarische Anfragen an das Innenministerium zu belegen ist. Aufgrund der genannten Tatsachen spricht sich die FPÖ Strallegg entschieden gegen die Errichtung dieser Flüchtlingsunterkunft aus.

Euer Freiheitlicher Gemeinderat
Andreas Pöttler.

FPÖ Bezirk Weiz

www.fpoe-weiz.at

WERDE PARTEI

GEMEINSAM HEIMAT ERHALTEN

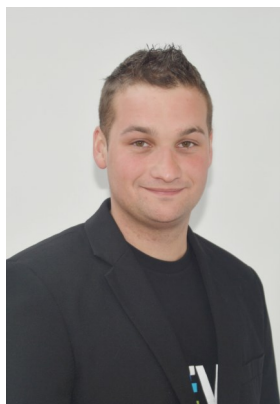
www.fpoemitglied.at

FPÖ Freiheitliches Bürgerbüro

[mkunasek.at](mailto:mkunasek@fpoe-stmk.at)

0664/1340049
mkunasek@fpoe-stmk.at
mkunasek.at/buergerbuero

Steirerland in Steirerhand



GR David Gruber

nist, der sich in der höchsten Pflegestufe (Pflegestufe 7 = Pflegebedarf über 180 Stunden pro Monat befindet, erhält nur 55 Euro pro Tag = 1.655,80 Euro im Monat vom Land Steiermark.)

Tagessätze der „normalen“ Asylheime

Bei den Asylheimen für Erwachsene unterscheidet man grundsätzlich drei Arten der Unterbringung:

Vollversorgung

Der Quartiergeber erhält einen Tagsatz von € 19,-- für Unterbringung und Verpflegung (drei Mahlzeiten am Tag). Die

Zur Information - Tagessätze

Tagsätze UMF

Der Quartierbetreiber erhält pro unbegleiteten, minderjährigen Flüchtling 62 Euro vom Land Steiermark. Bei beispielsweise 40 Untergebrachten ergibt dies 74.400 Euro (62x40x30) pro Monat, im Gegenzug muss er die Betreuung (zB Sprachkurse) und Versorgung der Jugendlichen sicherstellen. (Zum Vergleich: Ein steirischer Pensionist, der sich in der höchsten Pflegestufe (Pflegestufe 7 = Pflegebedarf über 180 Stunden pro Monat befindet, erhält nur 55 Euro pro Tag = 1.655,80 Euro im Monat vom Land Steiermark.)

Asylwerber erhalten € 40,-- im Monat an Taschengeld.

Teil-Selbstversorgung

Der Quartiergeber erhält einen Tagsatz von € 19,--. Davon zahlen sie den Asylwerbern pro Monat € 110,-- für die Selbstverpflegung. Des Weiteren werden Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt. Die Asylwerber erhalten € 40,-- im Monat an Taschengeld.

Selbstversorgung

Der Quartiergeber erhält einen Tagsatz von € 12,-- für die Unterbringung. Die Asylwerber verpflegen sich selbst und erhalten € 150,-- pro Monat an Verpflegungsgeld.

Weitere Leistungen für Asylwerber, unabhängig von der Unterbringungsart, sind:

Krankenversicherung

Bekleidungshilfe max. € 150,--/Jahr

Schulbedarf max. € 200,--/Jahr

Fahrtkosten für den Schulbesuch

Quelle zu den Tagsätzen: Schriftliche Anfragebeantwortung des fachlich zuständigen Mitglieds der Landesregierung (LH-

Schützenhöfer muss Widerstand gegen das Durchgriffsrecht leisten!

Die Einigung von SPÖ, ÖVP und Grünen bedeutet ein uneingeschränktes Durchgriffsrecht des Bundes bei der Unterbringung von Asylwerbern. Damit ist es künftig möglich, auch gegen den Willen von Ländern und Gemeinden Flüchtlingsunterkünfte, zu errichten. „Dieses Vorhaben bedeutet eine politische Entmündigung und hebt das verfassungsrechtlich verankerte Föderalismusprinzip aus. Dieses Gesetz müsste auch den Widerstand des ÖVP-Landeshauptmanns Schützenhöfer zur Folge haben“, so FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek.

Im Gesetzesentwurf ist zudem eine Flüchtlingsquotenregelung von 1,5% der Gemeindebevölkerung vorgesehen, dieser Richtwert soll aber im Bedarfs-

fall per Verordnung angehoben werden können. „Die beliebige Anhebung der Quote macht es der Bundesregierung zukünftig möglich, den Ländern uneingeschränkt Asylquartiere aufzuoktroieren. Solange es keine bundesweite Obergrenze bei der Unterbringung von Asylwerbern gibt, ist eine Quote absolut sinnlos“, erklärt LPS LABg. Mario Kunasek.

Die Freiheitlichen fordern nun von ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und der für Asylangelegenheiten zuständigen SPÖ-Landesrätin Doris Kampus sich deutlich gegen dieses Entmündigungsvorhaben auszusprechen. „Dieses Gesetz würde das derzeitige Asylchaos weiter verschärfen. Die Landes- und Gemeindepolitik wäre damit der unfähigen ÖVP-Innenministerin auf Gedeih und Ver-

derben ausgeliefert.

Dass die Grünen den Steigbügelhalter für die notwendige Verfassungsmehrheit machen ist allerdings wenig verwunderlich“, so der FPÖ-Klubchef. Die FPÖ Steiermark wird diesen unhaltbaren bundespolitischen Vorstoß auch im Landtag entsprechend zum Thema machen. „Dieses weitreichende Durchgriffsrecht ohne Volksabstimmung durchpeitschen zu wollen beweist einmal mehr die „Drüberfahrermentalität“ von SPÖ und ÖVP“, so der freiheitliche Klubobmann abschließend.



Steierland in Steirerhand